

Es ist an der Zeit zu fragen, wer für die Schäden der „Klimakrise“ zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

geschrieben von Andreas Demmig | 9. Juli 2026

WuWt, Anthony Watts,

(von ihm ursprünglich veröffentlicht im The Western Journal)

Jahrelang wurde den Menschen erzählt, dass wir vor einem existenziellen Klimanotstand, der sogenannten „Klimakrise“, stünden. Diese Behauptung hat die öffentliche Politik verändert, das Bildungswesen umgestaltet, enorme öffentliche und private Investitionen umgelenkt und weitreichende staatliche Eingriffe in nahezu jeden Wirtschaftssektor gerechtfertigt.

Wenn die Öffentlichkeit irregeführt wurde, sei es vorsätzlich oder durch rücksichtslose Missachtung von Beweisen, ist es an der Zeit, eine schwierige Frage zu stellen: Wer sollte zur Rechenschaft gezogen werden?

Seit fast einem Jahrzehnt führen Klimaaktivisten unter dem Motto #ExxonKnew Klagen gegen Energiekonzerne und argumentieren, dass diese für die angebliche Irreführung der Öffentlichkeit über den Klimawandel finanziell haftbar gemacht werden sollten. Das wirft eine naheliegende Frage auf.

Was wäre, wenn für alle Menschen der gleiche Rechtsstandard gelten würde?

Wenn Rechenschaftspflicht der Maßstab ist, dann sollte sie gleichermaßen für jede Institution gelten, die das öffentliche Verständnis des Klimawandels geprägt hat.

Wenn es Beweise dafür gibt, dass Institutionen wissentlich Risiken übertrieben, sich auf unplausible Szenarien gestützt und diese als wahrscheinliche Ergebnisse dargestellt haben, widersprüchliche Beobachtungsdaten ignoriert oder die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Interessenvertretung verwischt haben, dann verdienen sie die gleiche kritische Prüfung, die sie von anderen verlangt haben.

Diese Überprüfung sollte sich auch auf Universitäten, Forscher, Interessengruppen, das öffentliche Bildungswesen, Akteure im Bereich erneuerbarer Energien, Politiker und Medienorganisationen erstrecken, die die Grenze zwischen Berichterstattung und Interessenvertretung verwischt haben.

Die größten Kosten wurden jedoch nicht in den Bundeshaushalten gemessen.

Sie wurden in den Klassenzimmern gemessen.

Einer ganzen Generation von Kindern wurde beigebracht, dass die Zivilisation kurz vor dem Zusammenbruch stehe und sie aufgrund des Klimawandels möglicherweise nie eine stabile Zukunft genießen könnten. Schulen, Dokumentationen, soziale Medien und Nachrichtenberichte präsentierten die extremsten Prognosen des RCP-8.5-Szenarios routinemäßig als zu erwartendes Ergebnis und nicht als Worst-Case-Szenario. Selbst nachdem führende Forscher zu dem Schluss gekommen waren, dass dieses Szenario keine plausible Grundlage mehr darstellte, blieb es in Lehrbüchern, Klassenzimmern, Regierungsberichten und den populären Medien präsent.

Studien belegen mittlerweile eine zunehmende Klimaangst unter jungen Menschen. Viele glauben, die Menschheit sei dem Untergang geweiht oder stellen die Frage, ob sie überhaupt Kinder haben sollten. Die Darstellung eines immer unwahrscheinlicheren Worst-Case-Szenarios als erwartete Zukunft hat Konsequenzen.

Die finanziellen Folgen waren ebenfalls enorm.

Allein seit 2021 hat der Kongress durch das parteiübergreifende Infrastrukturgesetz und das Gesetz zur Inflationsbekämpfung Hunderte Milliarden Dollar für Klimaschutz und saubere Energie bereitgestellt. Letzteres wird voraussichtlich über seine gesamte Laufzeit mehr als eine Billion Dollar kosten. Energieversorger und Verbraucher haben zusätzlich Milliarden an Kosten im Zusammenhang mit der Netzsanierung, den Vorgaben für erneuerbare Energien, dem Netzausbau und ähnlichen Maßnahmen getragen.

Auch nachdem viele Forscher zu dem Schluss gekommen waren, dass das RCP8.5-Szenario realitätsfern war und kein plausibles Szenario für die Zukunft darstellte, investierten Bundesbehörden Milliarden von Dollar in die Klimaforschung. Dennoch bildete es weiterhin die Grundlage für staatliche Bewertungen, Klimaklagen, Finanzstresstests, Lehrmaterialien und Tausende von wissenschaftlichen Publikationen.

Wenn die zugrunde liegenden wissenschaftlichen Behauptungen übertrieben werden, wenn Worst-Case-Szenarien wiederholt als wahrscheinlichste Ergebnisse dargestellt werden oder wenn sich die Interessenvertretung nicht mehr von objektiver Wissenschaft unterscheidet, dann sollte dies zur Rechenschaft gezogen werden.

Diese Rechenschaftspflicht sollte mit Untersuchungen des Kongresses und unabhängigen wissenschaftlichen Gutachten beginnen. Sie sollte Prüfungen von Bundesförderprogrammen, mehr Transparenz bei der Forschungsfinanzierung und eine sorgfältige Untersuchung der Art und Weise umfassen, wie die Klimawissenschaft politischen Entscheidungsträgern, Pädagogen, Journalisten und der Öffentlichkeit vermittelt wurde.

Sofern die Beweislage es zulässt, sollten auch zivilrechtliche Prozesse, einschließlich Sammelklagen, in Betracht gezogen werden.

Allein die Entdeckung könnte sich als unschätzbar wertvoll erweisen. Interne E-Mails, Förderanträge und die Kommunikation zwischen Forschern, Interessenverbänden, Regierungsbehörden, Stiftungen, Pädagogen und Medienorganisationen könnten aufdecken, ob wissenschaftliche Unsicherheiten ehrlich kommuniziert oder im Streben nach politischen, finanziellen oder institutionellen Zielen bewusst heruntergespielt wurden.

Klimaaktivisten haben einen wichtigen Grundsatz aufgestellt: Wer die Öffentlichkeit wissentlich in die Irre führt, kann für den daraus resultierenden Schaden rechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn dieses Prinzip stichhaltig ist, darf es nicht nur für Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie gelten. Es muss gleichermaßen für jede Institution gelten, die das öffentliche Verständnis geprägt und die öffentliche Politik beeinflusst hat.

Die Wissenschaft schreitet voran, indem sie Annahmen hinterfragt und Fehler korrigiert. Behauptungen weiterhin zu vertreten, nachdem ihre Schwächen deutlich geworden sind, insbesondere wenn diese Behauptungen Gesetzgebung, Gerichtsverfahren, Unterricht und die öffentliche Meinung beeinflussen, verdient sorgfältige Prüfung.

Sollte die Beweisaufnahme in den #ExxonKnew -Klagen das Ziel verfolgen, aufzudecken, wer was wann wusste, dann hat die Öffentlichkeit ein Anrecht auf dieselbe Transparenz von den Institutionen, die das Narrativ des Klimanotstands aufgebaut und verbreitet haben. Interne Kommunikation, Förderanträge, politische Diskussionen und Medienstrategien sollten derselben kritischen Prüfung unterzogen werden, die Aktivisten von der Energiewirtschaft gefordert haben.

Verantwortlichkeit sollte nicht von Politik abhängen. Sie sollte auf Beweisen beruhen.

Wenn der Rechtsstandard besagt, dass die wissentliche Irreführung der Öffentlichkeit Konsequenzen hat, dann ist es an der Zeit, nicht nur zu fragen, ob Exxon es wusste, sondern auch, wer sonst noch es wusste, was sie wussten, wann sie es wussten und warum die Öffentlichkeit nicht informiert wurde.

Nur dann können wir damit beginnen, das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherzustellen, auf dem sowohl Wissenschaft als auch Journalismus beruhen, und sicherstellen, dass die Klimawissenschaft wieder die öffentliche Politik prägt und nicht der Klimaalarmismus sie bestimmt.

<https://wattsupwiththat.com/2026/07/05/its-time-to-ask-who-should-be-held-accountable-for-the-damages-of-the-climate-crisis/>

